

EZB legt M&A-Leitfaden bald vor

Andrea Enria will den Eindruck zerstreuen, die Aufsicht behindere Fusionen von Großbanken

Europas Bankenaufsicht stellt die Publikation ihrer Leitlinien zum Umgang mit Fusionen bis Jahresende in Aussicht. Mit ihrem Leitfaden dokumentieren die Aufseher ihre Bereitschaft, Fusionen aufsichtlich zu unterstützen, in einer Zeit, in der vermehrt über Zusammenschlüsse spekuliert wird.

Börsen-Zeitung, 19.11.2020
bn Frankfurt – Die Europäische Zentralbank (EZB) will ihre neuen Leitlinien zum Umgang mit Fusionen und Übernahmen bis Jahresende fertigstellen, wie Andrea Enria, Chair des obersten Aufsichtsgremiums Supervisory Board, am Mittwoch angekündigt hat. Der im Juli zur Konsultation gestellte Entwurf sei auf positive Resonanz gestoßen, sagte er auf einer von der Kanzlei Freshfields veranstalteten Konferenz zur Bankenunion. Es habe einige Hinweise auf technische Aspekte gegeben, welche die Aufsicht noch prüfe. Kommentare zu ihrem 13-seitigen „Guide on the supervisory approach on consolidation in the banking sector“ hat die EZB bis Anfang Oktober entgegengenommen.

Mit dem Leitfaden dokumentieren die Bankenaufseher im Juli, dass sie Fusionen in Euroland mit aufsichtlichen Mitteln unterstützen wollen. Angesichts steigender Kosten und mangelnder Ertragskraft bestimmt das Thema grenzüberschreitender Bankenzusammenschlüsse schon seit Jahren die Debatte in der Branche. Die Pandemie hat die Dringlichkeit von Kostenkürzungen durch Skaleneffekte nun nochmals verdeutlicht. Erst am Montag heizte die Ankündigung des

Zusammenschlusses von BBVA und dem Banco Sabadell zudem Spekulationen um Verschmelzungen an.

Als Enria Anfang 2019 als oberster Bankenaufseher Eurolands zur EZB stieß, sei er in vielen Gesprächen mit Marktteilnehmern mit dem Eindruck konfrontiert worden, die Aufsicht würde aus Angst vor immer größeren Banken Fusionen im Sektor durch höhere Kapitalvorgaben behindern und Badwill nicht anerkennen, wie er am Mittwoch berichtete. Es sei wichtig gewesen, diese Fehlwahrnehmung zu korrigieren. Die neuen Leitlinien täten dies.

Dank legislativer Änderungen durch die Eigenkapitalrichtlinie CRD V sei zudem die Zeit vorbei, in der eine grenzüberschreitende Fusion mit höheren Anforderungen ans Eigenkapital verbunden wäre, fügte er hinzu. Vielmehr wären die Kapitalvorgaben exakt dieselben wie im Falle eines Zusammenschlusses innerhalb der Grenzen eines Staates.

200 Mrd. Euro sind gebunden

Verschmelzungen von Banken will die EZB den Weg ebnen mit einer grundsätzlichen Bereitschaft zur Anerkennung von Badwill, mit einer Übergangsphase für die Anwendung interner Modelle sowie mit stabilen Kapitalanforderungen, vorausgesetzt, entsprechende Vorhaben folgen nachhaltigen Geschäfts- und Integrationsplänen, stützen das Geschäftsmodell auf Dauer und gewährleisten hohe Standards in Unternehmensführung und Risikomanagement. „Um die Bankenunion zu einem wahren Binnenmarkt zu machen, brauchen wir ein europäisches Einlagensicherungssystem“,

argumentierte er für eine Vereinheitlichung des Sparererschutzes. Bis es so weit ist, könnten Aufseher die Integration auf andere Weise fördern. So sind seinen Angaben zufolge in Euroland derzeit rund 200 Mrd. Euro an hochliquiden Aktiva in Auslandstöchtern großer Banken gebunden, um die Bestimmungen der Liquidity Coverage Ratio zu erfüllen.

„Dies macht eine zentralisierte Liquiditätssteuerung eindeutig ineffizienter“, monierte er. Damit könnte nicht nur eine Krise verschärft werden, wenn Mittel nicht dorthin transferiert werden könnten, wo sie am dringendsten benötigt würden. Es behindere auch eine effiziente Allokation von Ressourcen. Enria regt daher an, Banken von grenzüberschreitenden Liquiditätspflichten zu befreien, diese „Waiver“ allerdings von einer im Sanierungsplan zu verankernden Verpflichtung zur gruppeninternen Unterstützung im Fall einer Schieflage abhängig zu machen. Befreiungen könnten dann vielmehr die Effizienz gruppeninterner Vereinbarungen belegen, argumentierte er. Die Verbindung zwischen Waiver und Verpflichtung, und auch die Möglichkeit, diese neu zu bewerten, könnte Banken demnach als bedeutender Anreiz dienen, sich an die Vereinbarung zur finanziellen Unterstützung zu halten. Ein solcher „pragmatischer Ansatz“ zur Integration von Aktivitäten grenzüberschreitender Bankengruppen in der Bankenunion könnte auch bestehende oder auch nur vermeintlich bestehende Hindernisse für eine grenzüberschreitende Konsolidierung im Sektor beseitigen, sagte er.